

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend „Mehr für Pendlerinnen und Pendler: ökologisch und sozial gerechtere Ausgestaltung der PendlerInnenförderung, Offensive bei Bahn und Bus“

eingebraucht im Zuge der Debatte über Bericht und Antrag des Finanzausschusses gem. § 27 GOG betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ökostromgesetz (Ökostromgesetz-Novelle 2008) und das Einkommensteuergesetz 1988 geändert werden (442 d.B.)

Viele Pendlerinnen und Pendler in Österreich werden von unzureichenden oder überhaupt fehlenden Alternativen täglich ins Auto gezwungen, sie haben keine Wahlmöglichkeit beim Erreichen ihres Arbeitsplatzes. Aufgrund dieses zentralen verkehrspolitischen Versäumnisses schlagen die hohen und absehbar in Zukunft weiter steigenden Erdöl- und Treibstoffpreise schmerzlich bis in die Geldbörsen unserer Pendlerinnen und Pendler durch.

Mehr Bus und Bahn zu zumutbaren Kosten ist daher klima- wie sozialpolitisch ein Gebot der Stunde, vor allem für die regelmäßigen Nutzer im Nah- und Regionalverkehr. Dieser Politik budgetär Priorität zu geben, entlastet die PendlerInnen und uns alle: Wer in Ballungsräumen für den Arbeitsweg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen kann, erspart der Allgemeinheit Gesundheits-, Umwelt- und Staukosten von 1.400 Euro im Jahr.

Zugleich ist das bestehende System bei Kilometergeld und Pendlerpauschale in mehrerlei Hinsicht sozial und ökologisch ungerecht: Das Pendlerpauschale für Bus- und BahnpendlerInnen sieht im Vergleich zum PKW bei gleichen Pendeldistanzen nur halb so hohe Beträge vor – eine Ungerechtigkeit, die beispielsweise in Deutschland unter Grüner Regierungsverantwortung schon vor Jahren abgeschafft wurde. Durch den einseitigen Ausschluss von Öffi-PendlerInnen vom Pendlerpauschale bei Distanzen bis 20 km sind Bus- und Bahnbenutzer noch krasser benachteiligt. Dazu kommen Erschwernisse bei der steuerlichen Geltendmachung, diese auch bei PKW-Fahrgemeinschaften.

Anstelle von Einzelmaßnahmen ist daher eine verkehrs- und verteilungspolitische Reform der Förderung von Pendelnden dringend erforderlich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Finanzen im Zusammenwirken mit dem Bundesminister für Land- und Fortswirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie werden aufgefordert, ein schlüssiges Gesamtpaket für eine ökologisch vorteilhafte und sozial gerechte Reform der PendlerInnenförderung vorzulegen.

Dieses Paket muss fiskalische sowie angebotserweiternde Punkte umfassen und soll jedenfalls folgende Eckpunkte beinhalten:

- Gleicher Betrag für gleiche Pendeldistanz beim Pendlerpauschale, unabhängig vom benutzten Verkehrsmittel - keine finanzielle Benachteiligung von Bus- und BahnbenutzerInnen mehr,
- Verbesserung der sozialen Ausgewogenheit bei der Pendlerförderung durch Änderung der steuerlichen Geltendmachung (generelle Umstellung auf Absetzbetrag statt Werbungskosten),
- Umsetzung der seit dem Jahr 1999 von den Bundesregierungen versprochenen „Angebots- und Qualitätsoffensive“ im Öffentlichen Verkehr, damit Mobilitätsgarantie für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom PKW,
- Leistbarer Öffentlicher Verkehr zum garantiert besten Tarif mit der Grünen Mobilitätscard,
- Bundesweiter Taktverkehr mit Anschlussgarantie,
- Attraktivieren statt Stilllegen von Regionalbahnen,
- Flächendeckende Mobilitätsberatung,
- Anreize für Fahrgemeinschaften.

